

Pressemitteilung



AMVSG: Montgomery fordert unabhängige Informationen statt Kontrollbürokratie

**Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Berlin, 21.02.2017 – „Ein zuverlässiges Informationssystem über innovative Medikamente hilft niedergelassenen Ärzten dabei, ihre Patienten optimal zu behandeln. Die Politik darf diese Chance nicht verspielen, indem sie stattdessen ein Arztüberwachungssystem einführt.“ Das sagte Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), im Vorfeld der Beratungen zum GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz (AMVSG) am kommenden Mittwoch im Bundesrat.

Das Gesetz sieht unter anderem vor, Vertragsärzte bei der Verordnung von Arzneimitteln in Zukunft mit Hilfe der Praxissoftware wirkstoffbezogen über die Ergebnisse der Nutzenbewertung zu informieren.

Montgomery kritisierte das Bestreben der Krankenkassen, Hinweise zur wirtschaftlichen Verordnung von Arzneimitteln in die Praxisverwaltungssysteme zu integrieren. „Die Praxissoftware darf nicht zum Kontroll- und Steuerungsinstrument verkommen. Die Folge wären Eingriffe in die ärztliche Therapiefreiheit, ein verschärfter Regressdruck und noch mehr Bürokratie für die Ärztinnen und Ärzte“, warnte er.

Eine Mitgestaltung des Informationssystems durch die Pharmaindustrie lehnte der BÄK-Präsident ebenfalls ab. „Ärztinnen und Ärzte brauchen kein digitales Marketingglockel.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.baek.de
presse@baek.de

Sie brauchen herstellerunabhängige Informationen, die ihnen helfen, die bestmögliche Therapie zu finden.“ Darüber hinaus gehe es auch darum, den unkritischen Einsatz neuer Arzneimittel zu vermeiden. „Das geht aber nur mit mehr Transparenz im Hinblick auf den Zusatznutzen von Medikamenten“, so Montgomery.